

# Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,  
Sonntag.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Sonntag den 25. Juni 1904.

№ 72.

## Johannistag-Gedenken!

Dem Meister Heil! Am heut'gen Tage  
Erfüh' der Ruf an jedem Ort,  
Ein tausendfaches Echo trage  
Ihn um den Erdball jubelnd fort.

Dem Meister Heil! Heut dein wir denken,  
Der Flügel du dem Wort verleh'n,  
Die Wahrheit an das Licht zu lenken,  
Das Edle aus dem Staub zu zieh'n.

Dem Meister Heil! Laßt uns beschützen,  
Das Werk, das uns sein Geist erfand,  
Daß wir in Ehren es besitzen;  
Drum stimmt ein: Heil dem Verband!

Heil dem Verband! Nur dort alleine  
Kann unsers Meisters Werk gedeih'n;  
Drum fest dies heil'ge Band uns eine,  
Will Leid und Absucht uns zerstreu'n.

Heil dem Verband! Gleich einer Eiche,  
So blüht du herrlich, stolz und kühn,  
In diesem hehren Bruderreiche  
Sternet nie der Hoffnung Grün.

Heil dem Verband! So hehr entsprossen  
Aus einem Reime zart und klein;  
Der ihn gepflanzt, so kühn entschlossen,  
Und treu gepflegt: Gedenket sein!

Gedenket sein! Solch edle Seele,  
Ganz ohne Falschheit, treu und wahr,  
Solch Leben ohne Schuld und Fehle  
Sei uns ein Vorbild immerdar.

Gedenket sein! Ihn nachzustreben  
Sei unser heiligstes Bemüh'n,  
Wie er dem Werk geweiht sein Leben;  
Dann wird es herrlich weiterblüh'n.

Wir denken sein! Fort Trauerklagen.  
Wenn auch die Zeiten eilend geh'n;  
Es kann die Spur von solchen Tagen  
In Ewigkeit nicht untergeh'n!

R. Meyer, Hamburg.

Unsere Leser werden hierdurch an die Erneuerung des Abonnements pro 3. Quartal erinnert!

### Der Deutsche Buchdrucker-Verein

hielt am 10. und 11. Juni in Straßburg i. E. seine von 35 stimmberechtigten Abgeordneten besuchte Außerordentliche Hauptversammlung ab, die in mancherlei Beziehungen auch das Interesse der Gehilfen herausfordert. So weit dies der Fall ist, gehen wir auf Grund des Berichtes in der „Zeitschrift“ darauf ein. Der Versammlung war ein neuer Statutentwurf unterbreitet worden, dessen § 4 den „Zweck des Vereins“ bezeichnet. Da heißt es u. a., „Zweck des Vereins seine Wirksamkeit erstrecke auf die Vertretung der sozialen und gewerblichen Aufgaben, auf die Bekämpfung des Schleuderswesens, auf Ordnung und Befestigung der geschäftlichen Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, insbesondere durch tatkräftige Mitwirkung bei der Feststellung und Durchführung des Buchdruckerlohntarifes, auf Ordnung des Lehr- und Lehrlingswesens und Förderung des sachlichen Unter- und Fortbildungswesens im Buchdruckgewerbe usw. Danach können sich also die Gehilfen der sozialen Mitarbeit der Prinzipale versichert halten und anscheinend will der Deutsche Buchdrucker-Verein darauf hinarbeiten, daß der deutsche Buchdruckerlohn künftig hin von den maßgebenden Organisationen im Buchdruckgewerbe abgeschlossen wird, sonst hätte das Wort „Feststellung“ keinen Sinn. Auf den Punkt „Förderung des Unter- und Fortbildungswesens“ kommen wir weiter unten zurück. Dieser § 4, der

in acht Punkten die Aufgaben des Vereins bezeichnet, veranlaßte den Prinzipal Dreher-Berlin zu dem Vorschlage, diese acht Punkte zu streichen, „um die Bewegungsfreiheit des einzelnen nicht zu beschränken“. Mit Recht erwiderte ihm der Vorsitzende Dr. Baensch, daß man dann gleich den ganzen Verein streichen könne. Die „Bewegungsfreiheit“ des einzelnen in unserm modernen Wirtschaftsleben würde am Ende nur zur Desorganisation und zu der gewerblichen Anarchie früherer Zeiten führen. Will Herr Dreher z. B. Bewegungsfreiheit bezüglich des Tarifes und will er diese allen Prinzipalen zugestanden wissen, was bliebe dann von dem Lohnstarife noch übrig? Die Versammlung nahm schließlich den § 4 einstimmig an. Eine fast die ganze Tagung in Anspruch nehmende Debatte entspann sich über den Absatz 1 im § 22: „Der Hauptversammlung liegt insbesondere ob: 1. Die Wahl des Vorsitzenden und des Rechnungsführers des Vereins sowie je eines Stellvertreters derselben aus der Zahl der in Leipzig wohnhaften Vereinsmitglieder.“ Die Herren Roewer-Berlin, Oldenbourg-München, Mahlau-Frankfurt a. M., Werlich- und Kieger-Stuttgart, Allstein-Berlin, Otto-Krefeld, Voll-Berlin stellten sich auf den Boden eines Antrages Kieger-Stuttgart, daß die Worte „in Leipzig wohnhaften“ aus dem Absatz 1 gestrichen werden sollten. Es handle sich hierbei nicht darum, den Leipziger Kollegen damit ein Mißtrauensvotum auszustellen, ganz im Gegenteil, es müsse ihre opferreiche Arbeit für den Deutschen Buchdrucker-Verein

anerkannt werden, aber es könnten einmal die Verhältnisse im Vereine es notwendig machen, den Vorsitzenden aus der Kollegenschaft eines andern Ortes zu wählen, deshalb läge es im Vereinsinteresse, diese Worte zu streichen. Wie es aus den Spalten der „Zeitschrift“ widerhallt, scheinen die Debatten, wenn sie auch in verbindlichem und vornehmem Tone gepflogen worden sind, nicht immer frei von einer gewissen Gereiztheit gewesen zu sein, denn es war das erstemal, daß an der Vormachtstellung Leipzigs (Herr Weber-Leipzig meinte, der Vorsitz des Kreises Sachsen sei kein Vorrecht, „sondern eine Verpflichtung“) energisch gerüttelt wurde. Die Verteidigung der Leipziger Herren: Dr. Baensch-Drugulin, Dr. Giesecke, Weber, Käfer und der Herren Meyer-Halbstadt und Dulce-Glauchau war, wie schon die „Kölnische Volkszeitung“ berichtete, eine nicht gerade geschickte und verstieg sich bei einzelnen dieser Herren zu der Drohung, unter Umständen „nicht mehr mitzutun“. Man könne, meinte Herr Dr. Baensch-Drugulin, durch die Wegnahme des Vorsizes von Leipzig vielleicht den Kreis II (Rheinland-Westfalen) gewinnen und den Kreis VII (Sachsen) verlieren. Das war deutlich genug, zudem der genannte Herr noch hinzusetzte: „... Ich erinnere an gewisse Bestrebungen, die auf die Gründung einer Tarifvereinigung an Stelle unsers Vereins hinauslaufen. Ich war mir im ersten Augenblicke nicht ganz schlüssig darüber, ob das ganze Vorgehen nicht in einem gewissen Zusammenhange mit

diesem Bestrebungen steht". Da wäre also der schwärzeste Verrat gegen Leipzig geplant, gegen den man nur das Mittel der Obstruktion, der Zersplitterung hat, wenn Leipzig seine „Borpflicht" nicht erhalten bleibt. Wir meinen, daß den übrigen Mitgliedern des D. B.-V. wohl auch das Recht zusteht, nach Mitteln und Wegen Umschau zu halten, wie die Herren glauben, ihrer Organisation am besten nützen zu können, wenn da aber die Leipziger Herren gleich von „gewissen Bestrebungen" reden und sofort den Trumpf der Abstinenz drauf setzen, so scheint uns das sehr wenig dem Gefühle einer „Borpflicht", sondern dem der Diktatur zu entsprechen. Die ewige Begründung Leipzigs mit traditionellen Gesichtspunkten scheint uns am meisten deplaziert, denn in praktischen Organisations- und Wirtschaftsfragen gibt es keine Tradition und keine historischen Rechte. Von dieser Voraussetzung schienen auch bei der Abstimmung über den Antrag Rieger die Delegierten auszugehen, denn trotz der ausführlichen Reden gegen den Antrag wurden bei der ersten Abstimmung 20 Stimmen für und 15 gegen denselben abgegeben. Da der Antrag die nötige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht hatte, wurde er für die zweite Lesung zurückgestellt. Damit hatte der erste Tag der Verhandlungen im Sinne Leipzigs ein wenig harmonisches Ende gefunden. Am zweiten Tage erklärte Herr Mäfer namens der 11 Abgeordneten des Kreises VII (Sachsen), daß sie an einer weiteren Beratung über diesen Antrag nicht mehr teilnehmen würden und auch die Abstimmung den übrigen Delegierten überlassen müßten. „Bei der prinzipiellen Wichtigkeit der Frage hätten sich die sächsischen Abgeordneten je nach dem Ausfalle dieser Entscheidung die Entschließung über ihr weiteres Verhalten vorbehalten!"

Diese Erklärung ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, so wenig sie auch auf einem realen Boden beruhte, denn der Antrag Rieger wollte in Zukunft nur die Möglichkeit offen halten, daß überhaupt jemals ein Vorsitzender des Deutschen Buchdrucker-Vereins aus einer andern Druckstadt gewählt werden könne. Eine nach Schluß der Debatte vorgenommene neuerliche namentliche Abstimmung ergab 15 Stimmen für und 9 Stimmen gegen den Antrag Rieger. Dem Antrage fehlte also bei der Abstimmung nur eine Stimme zur Annahme, da die Zweidrittelmehrheit 16 Stimmen erforderte. Nunmehr wurde über das ganze Statut abgestimmt und dasselbe einstimmig angenommen.

Noch solch ein Sieg, können die Leipziger Herren sagen, und wir sind verloren! Ersichtlich kam die Zweidrittelmehrheit für den Antrag Rieger nur deshalb nicht zustande, weil man die Erschütterung fürchtete, die bei der bestimmten Erklärung des Herrn Mäfer für den Deutschen Buchdrucker-Verein zu erwarten war. Ein gesunder Zustand kann es aber für ihn nicht sein, wenn einzig und allein die Drohung mit Verweigerung der fernern Mitarbeit die von Leipzig gewollte Beschlußfassung doch noch herbeiführte. Wo blieb da gerade der von Leipzig so oft und gern in den Vordergrund geschobene gewerbliche Gemeininn, wenn darunter nur die Geltendmachung eines eigensinnigen Willens und eines gewissen lokalen Egoismus verstanden wird? Wir Gehilfen haben kein Interesse an einer Zerrissenheit im Prinzipalslager, weil darunter auch die Tarifsache leiden müßte, aber die Straßburger Vorgänge sind für uns bedeutungsvoll, weil sie für die zukünftigen Verhältnisse im Deutschen Buchdrucker-Verein bereits die Wegweiser aufgerichtet haben.

Den Verhandlungen des Deutschen Buchdrucker-Vereins ging voraus die Ordentliche Hauptversammlung der Unterstüßungskasse des Deutschen Buchdrucker-Vereins (Prinzipalkasse). Nach dem Berichte in der „Zeitschrift" hat die Kasse eine günstige Entwicklung hinter sich. Die Zahl der Gehilfenmitglieder beträgt gegenwärtig etwa 3750 (am 1. Januar 1901 rund 3700). In 3 1/2 Jahren eine Vermehrung um 50 Mitglieder

heißt soviel, daß die Kasse bezüglich des Mitgliederzuwachses auf dem toten Punkte angelangt ist. Daß der größte Teil der Gehilfenmitglieder sich aus Gutenberg-Bündlern zusammensetzt, dürfte auch aus der Delegation von bündlerischen Gehilfenvertretern zur Hauptversammlung hervorgehen. Angeblieh sind in dem genannten Zeitraume 750 Mitglieder eingetreten und 700 Mitglieder (Gehilfen) ausgetreten bzw. ausgeschlossen worden. Der Bericht glaubt als allgemein bekannt voraussetzen zu dürfen, daß beide Zahlen „durch die offenen und versteckten Agitationen gegen unsere Kasse in Verbandskreisen stark beeinflusst worden" seien. Wir bezweifeln, daß diese Behauptung richtig ist, denn die ganz natürliche Werbekraft des Verbandes, die in seiner tariflichen und organisatorischen Arbeit und in seiner Agitation für eine friedliche Verständigung mit der Prinzipalität beruht, hat das moralische Pflichtgefühl bei unseren Kollegen geweckt, sich dem Verbands anzuschließen. Daß wir für eine Kasse, die zu dem ausgesprochenen Zwecke gegründet worden ist, eine Kampfeinrichtung gegen den Verband zu sein, Sympathien haben sollen, werden die Prinzipale wohl nicht verlangen. Dieser Standpunkt, nämlich Gehilfen gegen Gehilfen auszuspielen, trat auch bei den Verhandlungen ganz klar zutage, indem Herr Wolf-Hannover beifürwortete, „eine lebhaftige Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder zu entfalten, um so den Verbandsbestrebungen ein Gegengewicht zu bieten". Derartige Versuche würden ganz selbstverständlich vom Verbands mit einer Gegenagitation beantwortet werden, wie der Vorsitzende, Herr Dr. Baensch-Drugulin, ganz richtig bemerkte, doch war er in der Lage, „auf diese Anregung befriedigende Erklärungen" abzugeben. Welcher Art diese waren, sagt der Bericht nicht. Wollen die Prinzipale den „Verbandsbestrebungen ein Gegengewicht" bieten, so mögen sie den natürlichen Weg wählen und eine Erstarkung ihrer Organisation herbeiführen suchen; ein unnatürlicher Weg aber ist die Agitation der Prinzipalität unter den Gehilfen zur Losreißung von ihrer Pflicht und zur Schaffung von Situationen, die allen Voraussetzungen eines friedlichen Zusammenarbeitens ins Gesicht schlagen müssen. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit an die Ausführungen des Herrn Mäfer in Altenburg („Corr." Nr. 66), wo er sagt, daß „gerade in diesem Augenblicke beide Teile mehr wie je aufeinander angewiesen seien"! Nun, der eine Teil ist der 38 000 Mitglieder umfassende Verband, der andere der Deutsche Buchdrucker-Verein. Man hüte sich, durch solche scharfmacherische Töne wie in „Straßburg auf der Schanz" den Zutranfingenten in beiden Lagern Wasser auf die Mühlen zu treiben, wodurch jahrelange Kulturarbeit nicht nur zum Stillstande gebracht, sondern unter Umständen zerstört oder auf Jahrzehnte hinaus in das Gegenteil verkehrt werden könnte. Das ist uns die Prinzipalkasse nicht wert und jedenfalls dem verständigen Teile der Prinzipalität auch nicht. Die letzteren haben ja erwiesenermaßen gar nicht das große Interesse an jener Schöpfung aus dem Buchdruckgewerbe größter Sturm- und Drangperiode. Denn nach dem Berichte ist die Zahl der Prinzipalmitglieder der Kasse von 560 in 1901 auf 440 in 1904 zurückgegangen. Im Buchdruckgewerbe sind aber nicht weniger als rund 4560 tariftreue Prinzipale vorhanden. Wer möchte da mit allen Konsequenzen die Parole ausgeben: Prinzipalkasse oder Tarifgemeinschaft?

Da uns weder ein Statut der Prinzipalkasse zur Verfügung steht, noch der Bericht in der „Zeitschrift" erschöpfend genug ist, um ein klares Bild im vollen Umfange zu geben, müssen wir uns im weiteren auf die Wiedergabe einiger Ziffern beschränken. In einem elfjährigen Zeitraume hatte die Kasse eine Einnahme von 1 480 640 Mk. (510 164 Mk. Prinzipals- und 826 924 Mk. Gehilfenbeiträge), das ist um etwa eine halbe Million weniger als der Verband im Jahre 1903 verausgabte; die Ausgaben betrugen 862 175 Mk.,

nahezu um eine Million weniger als der Verband allein 1903 verausgabte. Die mit dem 1. Januar 1900 in Kraft getretene Invalidenkasse des D. B.-V. hatte bis zum Jahreschlusse 1903 insgesamt 170 Ansprüche zu befriedigen, so daß das für diesen Zweig vorhandene Vermögen von 438 198 Mk. angesichts der Zunahme von Invalidenansprüchen und der langen Dauer der Invalidität (man ziehe nur zum Vergleich die liquidierte Invalidenkasse des Verbandes heran) den rechnerischen Grundlagen nicht genügen dürfte. Die Verwaltungskosten mit 16 348 Mk. im Jahre 1903 sind bei einer Gesamtmitgliederzahl von etwas über 4000 ziemlich hohe, zumal in der Hauptsache nur größere Druckorte in Betracht kommen.

## Entscheide der laut § 51 des Tarifes errichteten Schiedsgerichte.

(Veröffentlicht vom Tarif-Amt der Deutschen Buchdrucker.)

### Verurteilungssachen vor dem Tarif-Amt.

Klageobjekt: 79,32 Mk. Lohn wegen Kündigungsloser Entlassung.

Sachverhalt: Der Kläger war bei der Beklagten vom Juli bis Dezember 1903 in dem mit Segerei I bezeichneten Arbeitsraume tätig. Hier war ihm angeblich ein ungenügend belichteter Arbeitsplatz angewiesen worden, den er auf besondern Wunsch und nach Anordnung der Geschäftsleitung am 14. Dezember mit einem hellen Arbeitsplatz in der Segerei III vertauschte; dieser Arbeitsraum lag abseits des Druckereihauptgebäudes und zwar in einem anstoßenden Mietshause und war nur provisorisch mit Segereipersonal belegt worden. In diesem Raume wurde der Kläger beschäftigt vom 14. Dezember bis Mitte Januar, zu welcher Zeit ein heller Arbeitsplatz wieder in der Segerei I frei wurde, welchen der Kläger zugewiesen erhielt. Jeder einzelne der Arbeitsräume hat den gesetzlich vorgeschriebenen Garderobenraum, der in Segerei I nach einem dem Tarif-Amt vorliegenden Bauplane 4 m breit, 4 m tief und 3,6 m hoch ist. In diesem Garderobenraume befindet sich ein geschlossener Wandschrank mit Platz für die Garderobe von 40 Personen, außerdem aber noch ein offener Garderobenständer, der 30 Personen Gelegenheit zum Ablegen der Garderobe bietet. Festgestellt wurde durch das betreffende Schiedsgericht, daß zurzeit des Uebertrittes des Klägers von der Segerei III in die Segerei I in dem verschlossenen Garderobenschranke noch 13 Plätze, an dem offenen Kleiderständer noch acht Plätze frei gewesen waren. Der Kläger arbeitete nun seit Mitte Januar zwar wieder in der Segerei I, dagegen legte er seine Garderobe in der Segerei III — im anstoßenden Mietshause — ab. Hierbei wurde er am 18. Januar von dem Segereifaktor betroffen und es wurde ihm bedeutet, daß er in der provisorischen Segerei nichts mehr zu tun habe und daher auch seine Kleider nicht mehr in Garderobe III ablegen dürfe. Der Kläger nahm von dieser Anordnung aber keine Notiz und wurde deshalb am 20. Januar wiederholt verwahrt; jedoch ebenfalls vergeblich. Am 28. Januar morgens wurde ihm dies zum dritten Male verboten, der Kläger legte aber am Nachmittag desselben Tages seine Kleider wieder in Garderobe III ab. Da er auch jetzt der Aufforderung, nur die zu seinem Arbeitsraume gehörige Garderobe I aufzusuchen, nicht nachkam, jene Garderobe vielmehr dem Faktor gegenüber als einen Schweinestall bezeichnete, erfolgte seine sofortige Entlassung.

Vom Schiedsgerichte wurde die Klage mit Stimmengleichheit abgewiesen, indem die Prinzipalmitglieder die Ansicht vertraten, daß die Angelegenheit vor das Gewerbegericht gehöre, da die Entlassung nicht auf Grund irgend welcher tariflichen Position erfolgt sei. Die Gehilfenmitglieder dagegen waren der Meinung, daß die Nichtbeachtung der vierzehntägigen Kündigungsfrist ein Klageobjekt sei, über das vom Tarifschiedsgerichte verhandelt werden müßte. Da der Kläger angegeben, daß die am offenen Kleiderständer hängende Garderobe beim Benutzen der Waschklosette dem Beschmutzen und Herunterreißen ausgesetzt sei, konnte man ihn nicht verdenken, wenn er eine andere Garderobe benutzte.

Entscheid: Die Klage wird abgewiesen.

Begründung: Die Mitglieder des Tarif-Amtes können ohne die für Beurteilung des Falles notwendige Lokalbesichtigung des Garderobenraumes I sich davon nicht überzeugen, ob die Begründung des Klägers für seine Weigerung, die Garderobe in diesen Raum zu hängen, überhaupt eine Berechtigung hat. War in dem verschlossenen Schranke, wie dies von seiner Seite bestritten wurde, genügend Raum zum Aufhängen seiner Garderobe vorhanden, dann kann der Beweis nicht geführt werden, daß die Garderobe — wie angeblich beim offenen Kleiderständer — dem Beschmutzen und Herunterreißen ausgesetzt war; dann hatte der Kläger aber auch nicht Ursache, einen Teil des Arbeitsraumes der Beklagten Firma mit einem Ausdrücke zu belegen, den sie keinesfalls verdiente. Der Kläger ist aber auch nicht wegen dieses ungehörigen Ausdrucks sofort entlassen worden, sondern weil er sich be-



harrlich weigerte, einer Anordnung des Faktors Folge zu leisten. Hierbei handelt es sich um ein Verhalten des Klägers, das nur nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung beurteilt werden kann. Nach dem Gewerbegebot ein Urteil zu fällen, müßte das Tarif-Amt ablehnen, wenn nicht die Vorinstanz unter Einverständnis der Parteien über die Klage bereits verhandelt und geurteilt hätte. Darüber aber, ob eine künftige Entlassung nach dem Verhalten des Klägers gerechtfertigt war, können sich die Mitglieder des Tarif-Amtes zu einem übereinstimmenden Urteil nicht einigen. In Betracht kommen die §§ 121 und 123 Ziffer 3 der Gewerbeordnung. § 121 verpflichtet den Gehilfen, Anordnungen des Arbeitgebers in Bezug auf die häuslichen Einrichtungen — und als solche ist die Garbrobe doch anzusehen — Folge zu leisten, es ist aber unter § 123, der von der Entlassung ohne Aufkündigung handelt, nicht gesagt, daß die Verweigerung einer solchen Anordnung ein Grund zur sofortigen Entlassung ist. In dieser Auffassung sind sich die Mitglieder des Tarif-Amtes einig. Die Prinzipalsmitglieder vertreten aber die Ansicht, daß die sofortige Entlassung ihre Berechtigung fände in § 123 Ziffer 3 der Gewerbeordnung. Es ist dort gesagt, daß ein Gehilfe sofort entlassen werden könne, „wenn er der nach dem Arbeitsvertrage ihm obliegenden Verpflichtung nachzukommen sich beharrlich weigert“. Im Arbeitsvertrage unbegriffen seien aber nicht allein diejenigen Handlungen, die nur Bezug haben auf die Arbeitsleistung der Gehilfen, auf Beginn und Ende der Arbeit, richtige Einhaltung der Pausen usw., sondern in dem Arbeitsvertrage liegen auch alle die Bestimmungen, die im Interesse einer Hausordnung und der notwendigen Disziplin besonders getroffen oder als allgemein gebräuchlich und selbstverständlich anzusehen sind. Darum ist die fortgesetzte Nichtbeachtung der Anordnung des Faktors seitens des Klägers einer beharrlichen Verweigerung einer ihm aus dem Arbeitsvertrage obliegenden Verpflichtung gleich zu achten.

**Klageobjekt:** Antrag auf bevorzugte Vorrangung bei den Arbeitsnachweisen.

**Sachverhalt:** Der Kläger ist bei der Beklagten seit länger als zwei Jahren als Maschinenmeister beschäftigt und von sämtlichen bei der Firma beschäftigten Maschinenmeistern am längsten im Geschäft. Am 6. Februar wurde ihm gekündigt. Da dem Kläger ein Vierteljahr früher wegen Mafulturdrudes ein Lohnabzug von 50 Mk. gemacht worden war, den die angestellten tariflichen Forderungen aber als unberechtigt anerkannten, so ist der Kläger der Meinung, daß seine Entlassung die Folge der Anrufung des Schiedsgerichtes ist. Die Firma hingegen macht geltend, daß der Kläger während der Arbeitszeit mit den Untergeordneten wiederholt Unfug getrieben habe, wie dies auch der Obermeister bezeugen kann; bei der Kündigung sei dies auch ausdrücklich als Entlassungsgrund bezeichnet worden. Außerdem ist durch schwachen Geschäftsgehang die Entlassung eines Maschinenmeisters notwendig gewesen und soll die Stelle bis auf weiteres auch unbesetzt bleiben.

Die Schiedsrichter konnten sich auf ein Urteil nicht verständigen, weil die Prinzipalsmitglieder die von der Firma angeführten Entlassungsgründe als stichhaltig anzusehen sich als berechtigt fühlten, und die Gehilfenmitglieder die Entlassung herbeiführten aus der früheren Anrufung des Schiedsgerichtes, wofür nach ihrer Meinung der Wortwechsel spreche, der bei der Kündigung zwischen Prinzipal und Gehilfen stattgefunden habe.

**Entscheid:** Dem Kläger wird der Schutz des Arbeitsnachweises zugestimmt.

**Begründung:** Ueber die Ursache der Entlassung gehen die Angaben der beiden Parteien auseinander; der Kläger nimmt an, er sei wegen seines früheren Unfuges des Schiedsgerichtes jetzt nachträglich gemahngelt worden und die Beklagte wendet dagegen ein, daß nur der mehrmalig verübte Unfug des Klägers und nebenher Arbeitsmangel zur Entlassung geführt hätten. Das Tarif-Amt ist aber nach dem vorliegenden Materiale der Ansicht, daß der von der Firma angetretene Beweis nicht überzeugend erbracht ist. Vor allem beruft sich die Firma wegen des wiederholten Unfuges mit Untergeordneten auf das Zeugnis des Obermeisters; dieser aber bestätigt dem Kläger schriftlich, daß von einem solchen Unfuge nicht in dem Maße die Rede sein kann, wie es die Firma angibt, sondern es käme hier lediglich ein Fall in Betracht. Nicht dem üblichen Gebrauche entsprechend ist auch die Entlassung des Klägers wegen Arbeitsmangel anzusehen; der Kläger war von allen Maschinenmeistern am längsten bei der Firma tätig, muß also seinen Platz doch ausgefüllt haben, und es ist die Regel, daß bei Arbeitsmangel nicht die ältesten Arbeiter entlassen werden. Diese Tatsachen aber sind für das Tarif-Amt maßgebend, umzugeben zu müssen, daß bei dem Kläger die Vermutung aufkommen konnte, daß für seine Entlassung ein anderer Grund der maßgebende sein müßte, und nichts lag für denselben näher, als auf seine frühere Klage gegen die Firma zurückzugreifen. Das Tarif-Amt erachtet diesen Beweis zwar ebensovienig für erbracht, aber es ist der Meinung, daß zum mindesten der Schein dafür spricht, und da nach dem Beschlusse des Tarif-Ausschusses derjenige Gehilfe, der das Schiedsgericht zur Wahrung seines tariflichen Rechtes anruft, von der beklagten Partei nicht geschädigt werden darf, so hält es das Tarif-Amt für geraten, zur unbedingten Aufrechterhaltung dieses Grundgesetzes dem Kläger lieber den Schutz des Nachweises zuzubilligen.

Angelegenheit betr. Prämienzahlung im Maschinenfabe.

Eine Firma hatte im Dezember 1903 um eine prinzipielle Entscheidung darüber gebeten, ob es nicht zulässig sei, den Maschinengebern für Mehrleistung den Wochenlohn nach einer bestimmten Zeilenzahlstafel zu erhöhen. Das Tarif-Amt hatte durch seine Vorstehenden geantwortet, daß diese Prämienzahlung einem Berechnen im gewissen Gelde gleichkommen würde und deshalb nicht statthaft sei. Mit diesem Bescheide war die Firma aber nicht zufrieden, sondern ersuchte um eine Verhandlung und um einen Entscheid des Tarif-Amtes. — Die bereits erteilte Antwort wird von sämtlichen Mitgliedern gebilligt und als korrekt bezeichnet.

Angelegenheit betr. das Maschinenpuken.

Eine Firma hält Anfrage wegen des Pukens der Maschine, indem sie der Meinung ist, daß die von dem Seher gebrauchte Putzzeit bzw. die darauf verloren gegangene Buchstabenleistung bei dem als Stundenleistung festgesetzten täglichen Arbeitspensum nicht in Anrechnung gebracht werden darf, d. h. also, daß bei Feststellung der Tages- oder Wochenleistung die Zeit des Pukens nicht besonders in Frage kommen kann.

Das Tarif-Amt beschließt, daß eine solche Berechnung der im gewissen Gelde geleisteten Arbeitsleistungen nicht möglich und zulässig ist.

Angelegenheit betr. Prämienzahlung im Maschinenfabe.

Die Firma zahlt ihren Maschinengebern bei 48stündiger Arbeitszeit — davon 40% Stundenzahl — 35 Mk. Wochenlohn und verlangt dafür als Gegenleistung pro Stunde 5600 Buchstaben; für mehr geleistete je 100 Zeilen soll im gegenseitigen Einverständnis eine Prämie von 80 Pf. gezahlt werden. Die Gehilfen vertreten nun aber die Ansicht, daß 5600 Buchstaben pro Stunde eine zu hohe Leistung sei, während die Firma im Gegenteile glaubt, mit dieser Forderung noch unter die Minimalleistung heruntergegangen zu sein. Ueber diesen Streitfall erbittet die Firma Aufklärung und um die bezüglich der früheren Beschlüsse des Tarif-Ausschusses.

Dieselbe wird erteilt betr. der Durchschnittsleistung eines Sehers nach dem Sechsmaschinenartefiz von 1900 und im übrigen betreffs des Prämienfages wie in den beiden vorausgehenden Fällen.

**Klageobjekt:** Berechnung von mathematischem Sage.

**Sachverhalt:** Die Kläger setzten an einem mathematischen Werte und berechneten die im Formelsage vorkommenden Linien als eine Zeile, während die Ansicht der Firma dahin ging, die Formeln der Höhe nach auf Viertelpetit auszuzeichnen und jede nach der Grundschrift überschüssig bleibende Viertelpetit als volle Zeile zu berechnen.

Vor dem Schiedsgerichte kam es zu keiner Urteilsfindung; die Prinzipalsmitglieder stellten sich im wesentlichen auf den Standpunkt der Firma, wünschten aber vor allem, durch Abweisung der Klage mit Stimmengleichheit einen prinzipiellen Entscheid des Tarif-Amtes und Material für eine Kommentierung des mathematischen Sages zu gewinnen. Die Gehilfenmitglieder schlossen sich dagegen der Ansicht der Kläger an und waren der Meinung, daß eine Auszahlung nach Viertelpetit eine Schädigung der Gehilfen herbeiführen würde.

Dem Tarif-Amt als Berufungsinstanz lagen zur Beurteilung des Falles neben dem Klagenmateriale zahlreiche, für diese Verhandlung besonders eingeholte mathematische Arbeiten und deren Berechnungsweise aus den verschiedensten Druckorten und Druckereien vor, die trotz einer gewissen Übereinstimmung der Art des Formelsages völlig von einander abweichende Berechnungsarten und Satzpreise ergaben; verschieden war aber nicht nur die Berechnungsweise des Formelsages unter den einzelnen Städten, sondern grundverschieden selbst unter den Druckereien des einzelnen Ortes. Es wurde aus der Vergleichen des vorliegenden Materials und auch aus der Beurteilung des Klagenmaterials der Schluß gezogen, daß es bei dieser so sehr von einander abweichenden Bewertung der Schwierigkeit des mathematischen Sages und insonderheit der einzelnen Formeln ganz unmöglich sei, dem Wunsche des Schiedsgerichtes auf eine Kommentierung des mathematischen Sages zu entsprechen. Es war unter denselben Gesichtspunkten auch nicht möglich, ein Urteil darüber zu fällen, ob die Berechnung der in den Formeln vorkommenden Linien als eine Zeile oder die Ausrechnung der Formeln nach Viertelpetit der Schwierigkeit des Formelsages bei Einfügung von Linien gerecht werden würde. Die Mitglieder des Tarif-Amtes vertraten vielmehr übereinstimmend die Meinung, daß weder die eine noch die andere Berechnungsart beim Durchschnitt des Formelsages das Richtige treffen würde; weder die eine noch die andere Berechnungsform würde eine gerechte Entschädigung für die mehr oder minder große Verwendung von Linien im Formelsage ergeben, selbst nicht für die an und für sich geringe Abweichung des Formelsages in dem zur Klage stehenden Werte. Die Anschauung, daß eine gewisse Schablonisierung in der Bewertung des Formelsages Nachteile weder für den Seher noch für den Prinzipal in sich schließen könne, weil ja die anscheinend zu hoch berechnete Formel durch eine vielleicht schon kurz darauf folgende schwierigere Formel wieder einen gewissen Ausgleich erfahre, konnte und durfte das Tarif-Amt nicht teilen, weil ein solcher Ausgleich wohl möglich, bei allen Arbeiten aber nicht vorauszusetzen ist. Im Gegenteile könnte es dazu kommen, sowohl unter Anwendung der

Berechnungsart der Kläger als unter derjenigen der Beklagten, daß ein Wert mit durchgängig leichteren Formeln oder durchgängig schwierigeren Formeln trotz des abzustufenden Aufschlages gemäß § 7 doch nicht gebührend entschädigt würde. Nach der einen Berechnungsart würde der leichtere Formelsage zu hoch, der schwierigere nicht ausreichend entschädigt werden und bei der zweiten Berechnungsart würde die schwierigere, vielfach durch Linien unterbrochene Formel genau so entschädigt werden wie die einfachste, mit nur einer Linie unterbrochene Formel.

Die genaueste Prüfung dieser sich aus dem zur Beratung vorliegenden reichen Materiale ergebenden Beispiele verpflichtete das Tarif-Amt, einer Kommentierung des mathematischen Sages aus dem Wege zu gehen und aus denselben Gründen vermochte es auch nicht zu entscheiden, ob die von den Klägern oder der Beklagten geübte Berechnungsart für Formeln aller Art schematische Anwendung finden könne oder nicht. Die Mehrzahl der Mitglieder des Amtes ist der Meinung, daß die Herstellung des mathematischen Sages im gewissen Gelde die bestehenden Zweifel an einer richtigen Berechnungsart am rationellsten beseitigen würde und muß deshalb auch den Parteien empfehlen, sich entweder über die Berechnung selbst zu verständigen oder aber die Herstellung im gewissen Gelde zu beantragen oder anzuordnen.

## Korrespondenzen.

**Burgunde.** Die hiesigen Verbandsmitglieder haben in einer kürzlich hier abgehaltenen Versammlung einen Ortsverein gegründet, welcher den Namen „Typographia“ führt. Es wurden gewählt: C. v. Wakenitz als Vorsitzender, Fr. Fromme als Kassierer und H. Ahlers als Schriftführer.

**Darmstadt.** In der Versammlung vom 11. Juni teilte der Vorsitzende mit, daß der Verkehr für Darmstädter sich von jetzt ab in der „Stadt Mannheim“, Schloßgasse, befindet, woselbst auch der „Corr.“ auflegt. Der Kommissionsvorschlag wurde akzeptiert, wonach das diesjährige Johannisfest am 2. Juli durch Unterhaltung und Ball und am 3. Juli durch Gartenfest und italienische Nacht usw. gefeiert werden soll und zwar beide Tage in sämtlichen Räumen des „Rummelbräu“. Für die Konstitutionslojen und Durchreisenden wurde zum Feste eine kleine Unterstützung bewilligt. Nachdem noch an Stelle der wegen Krankheit zurückgetretenen Kollegen Ernst und Röh die Neuwahl der Kollegen Mohr zum Bibliothekar und Baumann zum Krankenbesucher stattgefunden, schloß der Vorsitzende die gegen sonst besser besuchte Versammlung.

**K. Effen.** Monatsversammlung vom 4. Juni. Der Vorsitzende richtete an den nach Verhütung einer achtwöchentlichen Gefängnisstrafe wegen Preßbeleidigung wieder in unfrer Mitte weilenden Kollegen Schöred einige begrüßende Worte und besprach dann die Jahresberichte im „Corr.“ sowie den Bericht des Zentralvorstandes. Namentlich dem Kapitel „Versammlungsbesuch“ widmete Redner seine Aufmerksamkeit. Unter den Vereinen, die Grund haben, über schlechten Versammlungsbesuch Klage zu führen, nimmt Effen gerade nicht die letzte Stelle ein, weisen die Versammlungen hier selbst doch fortgesetzt nur eine Durchschnittsfrequenz von 20 bis 21 Proz. auf. Redner forderte alle Kollegen auf, durch rege Agitation bei den Nebenlosten dafür Sorge zu tragen, daß das Vereinsleben vor allmählicher Versumpfung bewahrt bleibt. Einem lange gehegten Bedürfnisse wird nunmehr auch hier endlich durch Gründung einer Typographischen Gesellschaft Rechnung getragen werden. In aller Stille hat jetzt auch die seit längerer Zeit geplante „Griffische Gewerkschaft für das graphische Gewerbe“ das Licht der Welt erblickt. Ihr hauptsächlichstes Agitationsfeld sucht dieselbe gegenwärtig bei den Buchbindern und Steinrudern. Bei den Buchrudern wird sie jedenfalls keine Gelegenheit finden, ihre „legensreiche“ Tätigkeit entfalten zu können. Ueber die Fortschritte derselben ist näheres noch nicht bekannt geworden. Wegen die Lehrlingsrückkehr des Buchdruckereibesizers Silber in Borbeck, der bei vier Gehilfen sechs Lehrlinge beschäftigt und gegenwärtig schon wieder in seinem Blättchen die Arme nach lehrbessigen Knaben ausstreckt, empfahl Kollege Schöred, endlich einmal ein Vorgehen bei den Behörden, vielleicht nach Appeller Muster und wird der Vorstand die Sache im Auge behalten. Sodann wurden neun Aufsätze vorgelesen und die Herren Jakob Jensen und Heinrich Schütz ausgeschrieben. Eine hier selbst kürzlich abgehaltene Vertrauensmännerversammlung hatte sich mit der Feststellung von Druckeremissionsständen: Tarifverträgen, Einhalten der Zeitungsstufen, Durchführung der Bundesratsbestimmungen usw. in den einzelnen Druckereien, zu befassen. Es hat dieselbe ein so reichhaltiges Material ergeben, so mannigfache Mängel, die der Abhilfe dringend bedürfen, wurden zutage gefördert, daß der beabsichtigte Zweck der Erhebung als vollständig erreicht gelten darf. Im Rahmen dieses Berichtes näher auf Einzelheiten einzugehen, würde zu weit führen. Nach der Beichterstattung über diese Sitzung unterliegt in vortrefflicher Weise Kollege Schöred die Versammlung mit einem einfaßstündigen Vortrage: „Aus deutschen Strafanstalten“. Die Tendenz desselben richtete sich sowohl gegen den heutigen Strafvollzug im allgemeinen wie im besondern den an Mediatoren, Journalisten usw. Durch seine fesselnden Schilderungen, in denen ernste, dunkle Sittenbilder abwechselten mit heiteren Szenen, verstand es der Vortragende, die Versammlung vollständig bis zum Schluß zusammenzuhalten.

**r. Heilbronn.** Am 4. und 5. Juni feierte die hiesige Mitgliedschaft das Fest ihres zehnjährigen Bestehens. Vollzählig hatten sich die Kollegen zu dem am Samstag vorausgehenden Festkommerse eingefunden. Aber auch zahlreiche Freunde und Kollegen von auswärts, die früher der Mitgliedschaft angehört, konnte der Vorsitzende bei Eröffnung des Kommerse begrüßen. Mit letztem war die Ehrung der Kollegen Ritter und Kolb verbunden, die nun 27 Jahre dem Verbands angehören. Die Prinzipale waren ebenfalls fast vollzählig erschienen. Das Programm bot mannigfache Abwechslung und wurde gut durchgeführt. Eingeleitet durch einen die Bedeutung des Festes in sich schließenden, von dem Kollegen Ginzler verfassten und vom Kollegen Köhler gesprochenen Prolog, reichten sich verschiedene Liebesvorträge unserer Gesangsvereine „Gutenbergs“ an. Derjelbe hat unter der Leitung seines strebsamen Dirigenten Herrn Mühlhanser schöne Fortschritte gemacht. Das bewies im besondern die Bewältigung des Festgesanges zur vierten Säcularfeier der Erfindung der Buchdruckerkunst von Menckelsohn-Bartholdy. Reichen Beifall erntete die wadere Sängerschar. Die Festrede hielt Gauverwalter Knie. Er schilderte im ersten Theile die Erfindung der beweglichen Lettern durch Gutenberg, die Entwicklung der Buchdruckerkunst und besprach sodann die Entwicklung des Buchdrucks in Heilbronn. Diefelbe könne als eine rasche bezeichnet werden; denn während im Jahre 1864 nur zwei Druckereien mit 8 bis 10 Gehilfen, seien heute 12 Druckereien mit 160 Gehilfen vorhanden. Im zweiten Theile seiner Rede kam Kollege Knie auf die Gründung und Entwicklung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und die tariflichen Kämpfe am hiesigen Orte zu sprechen. Redner schilderte zahlenmäßig das Emporblühen der hiesigen Mitgliedschaft; nur wenige Mitglieder seien es vor zehn Jahren gewesen, heute betrage die Zahl derselben 157. Mit Schärfe hob Redner hier noch hervor, daß das ihm hier einmal entgegen gefallene Wort vom „Herrn im Hause“ wohl für immer seine Berechtigung verloren habe. Nachdem Redner noch die Tarifgemeinschaft einer Betrachtung unterzogen, gedachte er in ehrenvollen Worten der 27-jährigen Verbandszugehörigkeit der Kollegen Ritter und Kolb; eine derartige Treue und Ausdauer könne nur auf ein ideales Streben gestützt sein. Im Namen des Verbandsvorstandes sprach er den Jubilaren den Dank und die Anerkennung aus. Redner schloß mit einem Hoch auf das fernere Gedeihen der Mitgliedschaft. Im Namen des Ortsvereins überreichte der Vorsitzende Klein unter Dankesworten den Jubilaren einen Pokal nebst Diplom, ebenso übergab Kollege Heinrich im Namen der Geschäftsstellen denselben ein schönes Andenken. In herzlichen Worten dankten die Gefeierten für die ihnen dargebrachte Ehrung. So verlief denn der Abend aufs Beste. — Am Sonntagmorgen trat der Gesangsverein Gutenberg aus Stuttgart mittels Extrazuges, wohl 500 Personen stark, hier ein. Das „Kloppholz“ entfaltete eine Deputation. Vom hiesigen Ortsvereine am Bahnhof empfangen, wurden die Festgäste mit Musikbegleitung zunächst auf das Jägerhaus geführt. Gegen 10 Uhr trafen auch die Heilbröcker Kollegen, mit Jubel begrüßt, dort ein. Von da aus bewegte sich der städtische Zug nach Weinsberg, allwo die Burg Weibertreu und das Kernerhaus besichtigt wurden. Ein Extrazug brachte die Teilnehmer wieder nach Heilbronn zurück, wo in verschiedenen Lokalen das Mittagessen eingenommen wurde. Nachmittags fand ein großes Konzert im Harmoniegarten statt, bei dem die Gesangsvereine „Gutenbergs“ Stuttgart, „Typographia“ Heilbröcker, „Gutenbergs“ Heilbröcker sowie die hiesige Militärlafette mitwirkten. Die Beteiligung war eine große, gegen 1800 Personen mochten anwesend gewesen sein. Das musikalisch sehr wertvolle Programm wurde tadellos abgewickelt. Neben dem Gesangsvereine „Gutenbergs“ Stuttgart, der schon lange auf einer hohen musikalischen Stufe steht, haben sich die Gesangsvereine Heilbröcker und Heilbröcker recht wader gehalten. Stürmischen Beifall fand der von Heilbröcker und Stuttgart gemeinschaftlich vorgetragene Festgesang zur vierten Säcularfeier der Erfindung der Buchdruckerkunst, welcher, von etwa 130 Sängern kraftvoll gesungen, von mächtiger Wirkung war. Aber auch die übrigen Vorträge wurden allgemein beifällig aufgenommen. Daneben war für allerlei Volksbelustigungen Sorge getragen. Am 4 Uhr begann der Tanz im Theatersaale und gar bald entwickelte sich ein echt buchdruckerisches Leben und Treiben. Dem Konzerte schloß sich der eigentliche Festball an. Um 10 Uhr verließen die Festgäste wieder unsere gute Stadt Heilbröcker, wohl mit den Gefühlen, einige schöne Stunden verlebt zu haben. Noch lange wird das vom schönsten Wetter begünstigte, glänzend verlaufene Fest der hiesigen Mitgliedschaft im Gedächtnisse bleiben. Ehe wir zum Schluß gelangen, wollen wir noch erwähnen, daß das künstlerisch ausgeführte, der jetzigen modernen Richtung entsprechende Festprogramm von der Firma Karl Rembold hergestellt wurde. Dasselbe legt ein bereites Zeugnis von der Leistungsfähigkeit genannter Firma ab. Auch an dieser Stelle sei Herrn Rembold für sein Entgegenkommen unser Dank ausgesprochen.

**m. Mannheim.** „Die Aufgaben der Berufsangehörigen, die moderne Richtung im Vergleiche zu den Richtungen der letzten dreißig Jahre, Tonplattenschnitt und sonstige Berufsfragen“ bildeten den Gegenstand eines Vortrages des Kollegen Weisbach-Karlsruhe im Bezirksvereine Mannheim. Wurde auch manches erwähnt werden, was ein jeder auf der Höhe der Zeit stehender Kollege ja wissen muß, so war es doch anderseits wieder von großem Vorteile für einen jeden Kollegen, die prak-

tischen Buchdruckerfragen von so tüchtiger, ja künstlerischer Seite aus behandelt zu sehen. Kollege W. geht von dem richtigen Standpunkte aus, daß in dem heutigen Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität es eine beschauliche Ruhe des Buchdruckers nicht geben kann. Ein jeder Kollege von heute müsse bestrebt sein, nur tüchtiges in seinem Fache zu leisten; der künstlerische Beruf des Buchdruckers erhebe sich schon aus der Tatsache, daß der Buchdruckerberuf die Aufgabe habe, durch künstlerische Ausführung von Druckerarbeiten die Erzeugnisse anderer Berufe nach allen Seiten hin hervorzuheben. Redner wies auf den Uebergang der Handpresse zur Schnellpresse hin und betonte, daß seit dieser technischen Umwälzung eine andere Platz gegriffen habe, der Uebergang vom Handsatz zum Maschinensatz. Wohl vollzieht sich zurzeit die Einführung des beweglichen eisernen Kollegs dank unserer strebsamen Organisation noch immerhin in einigermaßen normalen Grenzen; allein wer weiß (siehe Monotypesatz). Der Schrift-, was uns auf diesem Gebiete die Zukunft noch für Ueberraschungen liefert? Hieraus ergibt sich für uns Buchdrucker die unbedingte Notwendigkeit, unser Hauptaugenmerk auf die künstlerische Ausgestaltung des Altbildes zu legen. Hier auf diesem Gebiete ist es noch immer möglich, dem unauffälligen Eindringen der Setzmaschine Einhalt zu gebieten. Was auf diesem Gebiete in letzter Zeit geleistet worden ist, das beweist uns der Vergleich der modernen Richtung zu der vorher herrschenden freien Richtung. Der Referent demonstrierte an der Hand einer Anzahl Musterblätter den Fortschritt der heutigen modernen Richtung und kam sodann auf die wichtigsten Hilfsmittel des Buchdruckers zu sprechen, als da sind: Tonplattenschnitt, die verschiedenen Arten Zeichen, Löten usw. Auf welche Stufe ein strebsamer Buchdrucker gelangen kann, zeigt uns der Holzschnitt des Kollegen Weisbach, sein Gutenberg! Hier sieht man ein Bild künstlerischen Schaffens und eisernen Fleißes. Am Schluß seines über zwei Stunden Vortrages betonte Kollege Weisbach, nicht aus Renommisterei halte er diesen Vortrag, sondern um seinen Mitkollegen zu zeigen, was Lust und Liebe und frohes Schaffen vermag. Kein Kollege bliebe heute von Eventualitäten verschont, möge daher ein jeder Kollege neben der Wahrung seiner Verbandsinteressen auch sein technisches Wissen und Können immer mehr ausdehnen. Dazu bieten ja die allerorts bestehenden technischen Klubs zur Genüge Anlaß. Reicher Beifall lohnte den Referenten und zeigte, daß seine Anregungen auf guten Boden fielen. — Anschließend fand noch eine Mitglieder-versammlung statt. Beschlossen wurde, das Jubiläumsfest durch einen Ausflug in den Odenwald (Weinheim-Buchlingen) und zwar am 3. Juli zu begehen. Die nicht allzu groß angelegte Tour verspricht jedem Teilnehmer einige erholungsreiche Stunden. Ein Antrag auf Vergütung der Fahrkosten aus der Bezirkskasse wurde mit großer Mehrheit angenommen.

**Potsdam.** In einem Artikel der Nr. 64 des „Corr.“ vom 4. Juni 1903, welchen der unterzeichnete Schrift-seher August Nabe verfaßt hat, sind Behauptungen über den Geschäftsbetrieb der Buchdruckerei von Herrn Edmund Stein in Potsdam aufgestellt, welche geeignet waren, denselben in der Meinung seiner Berufsangehörigen und des gesamten Buchdruckerstandes herabzuwürdigen. Nachdem Herr Edmund Stein wegen dieses Artikels die Privatklage gegen die Unterzeichneten beim königlichen Amtsgerichte zu Potsdam erhoben und der unterzeichnete August Nabe den Nachweis der Richtigkeit seiner Behauptungen nicht hat erbringen können, erklären die Unterzeichneten, daß sie die beleidigenden Äußerungen unter dem Ausdrucks des Bedauerns zurücknehmen. Gleichzeitig gebe ich, August Nabe, das Versprechen ab, mich in Zukunft jeder schriftlichen und mündlichen beleidigenden Äußerungen über die Person und den Geschäftsbetrieb des Herrn Buchdruckerbeisizers Edmund Stein in Potsdam zu enthalten. August Nabe, Schriftseher bei W. H. Sayns Erben in Potsdam. L. Reizhäuser, verantwortlicher Redakteur des „Corr.“

Freiburg, den 21. Juni 1904.

An die Redaktion des Correspondenten!  
Unterzeichneter erlaubt sich im Einverständnisse mit dem Ortsvorstand an die Redaktion untenstehenden Bericht am Anfang der Rundschau oder unter Freiburg nachheutiger Nr. 71 um Veröffentlichung zu bitten.  
Berichtigung. In Nr. 70 des Correspondenten hat der betr. Schriftführer des Gautagsberichts Gau-Dresden eine Unwahrheit über die Verhältnisse der unterzeichneten Buchdruckerei berichtet. Ich stelle hiermit mit dem gesamten Druckereipersonal fest, das die Verhältnisse in betreffender Offizin sehr gute sind. An eine Erwidung im Tarifverzeichnis niemand gedacht hat, noch daran denkt. Es kann daher nur auf einen Irrtum beruhen, da Herr Kollege Köhler solches nicht von dieser Buchdruckerei gesagt haben will.

Ernst Fischer,  
Faktor d. Buchdruckerei von Hermann Sander, Freiburg.

## Rundschau.

Ferien! In Barmen führte als erste Druckerei die Grapische Kunstanstalt Aug. Stoffel Bw. Ferien für ihr Personal ein und zwar von dreitägiger Dauer.

Wie die „Buchdrucker-Woche“ mitteilt, ist es wegen Einführung der Lanston-Monotype-Setzmaschine in

Pretoria zu einem Konflikt in der Druckerei der „Pretoria News“ und zum Boykott dieses Blattes gekommen.

Die Erfahrungen mit den Schutzvorrichtungen an Ziegeldruckpressen sind recht günstige. Nach einer für 1000 Pressen angestellten Ermittlung stellte sich das Durchschnittsergebnis der entschädigungspflichtigen Unfälle im Jahre 1902 um 34 Proz., 1901 um 28 Proz., 1900 um 51 Proz. und 1899 um 60 Proz. höher als im Jahre 1903. Im allgemeinen läßt sich behaupten, daß 1902 noch rund 50 Proz. mehr Normalunfälle vorgekommen sind wie 1903, dem Jahre der obligatorischen Einführung der Fingerchutzvorrichtung. Da die im vergangenen Jahre vorgenommenen Betriebsbefichtigungen ergaben, daß ungefähr 20 Proz. aller Betriebe diese Schutzvorrichtungen noch nicht eingeführt hatten, ihre allseitige Einführung aber nachdrücklich betrieben wird, so dürfte schon die nächstmalige Feststellung ein weit besseres Resultat zeitigen.

Ueber das Vorkommen von Bleierkrankungen in Buchdruckereien geben die von den Gewerbeaufsichtsbeamten des Regierungsbezirks Düsseldorf veranstalteten Erhebungen ungefähren Aufschluß. Von den Betrieben nämlich, in denen Blei oder bleihaltige Stoffe und Gegenstände regelmäßig verarbeitet bzw. verwendet werden, waren die Buchdruckereien allein diejenigen, welche keine Fälle von Bleierkrankungen aufzuweisen hatten. In Nr. 61 sind erst längere Ausführungen über die gesundheitlichen Verhältnisse unter den Buchdruckern gemacht, die in ihrer Verallgemeinerung ein nicht ganz so günstiges Resultat bezüglich der Bleierkrankungen ergeben.

Ein internationales Zentralbureau für das Druckgewerbe hat der ehemalige Direktor der Typograph-Gesellschaft, Gustav Schade, in Berlin errichtet. Es will dem einzelnen Rat und Stütze in allen Fragen des geschäftlichen Buchdruckerlebens sein.

Auf ein dreißigjähriges Bestehen kann heute, am 25. Juni, die Druckerei von J. Jäger & Sohn in Goslar zurückblicken. Sie ist eine Schwesterfirma der Verlagbuchhandlung von J. Lattmann, ebenfalls in Goslar, die schon im 17. Jahrhundert durch ihre Wibelbrude bekannt wurde, derselben Zeit entstammt der noch heute dort seit 255 Jahren ununterbrochen erscheinende Goslarische Bergtalender. Seit 121 Jahren erscheint dabeiselt auch die „Goslarische Zeitung“.

Konkursverföhung: Buchdruckerei Thormann & Goelch in Berlin.

Der Bund der Buchdruckerbeisizers Großbritanniens hat folgende Protesterklärung gegen die Schriftgießereien beschlossen: „Die Verammlung protestiert energig gegen die zunehmende Unsitte der Schriftgießereien, Schriftproben auch an Nichtbuchdrucker abzugeben, wodurch den Buchdruckereien sowie auch den verschiedenen Schriftgießereien große Unkosten und sonstige Unzutruglichkeiten verursacht werden. Es wird unseren Mitgliedern dringend empfohlen, von keiner Schriftgießerei zu kaufen, welche jene Geföhrlichkeit fortsetzt.“ Die Gießereien bereiten nämlich mit diesem Brauche den Buchdruckerbeisizers recht viel Unannehmlichkeiten, weil die Kunden fortgesetzt zur Anschaffung von gießereischen Neuheiten drängen; der Arid der Gießereien ist also ein recht durchdringter.

Güclliches Deutschland! In Australien besteht für Wochenchriften, Revuen, Magazine usw. die Vorschrift, daß solche Zeitchriften als Kellamegegenstände zu betrachten sind, wenn sie zu ihrem sonstigen Fußfalle mehr als 15 Proz. Anzeigen enthalten. Sie werden daher mit einer Steuer von 25/ Pf. für das Pfund Gewicht belegt. Das wäre eine fette Weide für den deutschen Steuerfiskus!

Die schweizerische Arbeiterpresse umfaßt gegenwärtig 30 Blätter und zwar 14 politische, wovon drei täglich, zwei wöclentlich dreimal, fünf wöclentlich zweimal und vier wöclentlich einmal erscheinen. Von den 13 Gewerkschaftsblättern erscheinen sieben wöclentlich und sechs alle 14 Tage. Das Genossenschaftswesen wird durch zwei aller 14 Tage erscheinende Blätter, die politische Satire durch ein Monatsblatt („Der neue Postillon“) vertreten, außerdem erscheinen der „Grütkalender“ und der „Schweizer Arbeiter-Kalender“.

Wegen öffentlicher Beleidigung, begangen durch einen in der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ gebrachten Artikel, wurde Redakteur Lepmeters zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. In jenem Artikel war den Beamten der Saar- und Moselgesellschaft allerlei nachgesagt, wodurch sich 52 von denselben beleidigt fühlten und Klageantrag stellten. Jetzt war die den Zeugen ob ihrer Glaubwürdigkeit gewordene Einschätzung durch den Gerichtshof, welche dahin ging, daß diesen Zeugenansagen nicht allzuviel Wert beigelegt werden könne, da alle Zeugen Gefinnungsangehörigen des Angeklagten seien! Wenn die Sache aber umgekehrt liegt, genießen die Zeugen das uneingeschränkte Vertrauen, wie sehr häufig zu beobachten gewesen.

Redakteur Zander von der „Frankfurter Volksstimme“ hatte sich wegen Beleidigung des ehemaligen Polizeiwachtmeysters Hofmann in Griesheim a. M. zu verantworten und wurde zu 200 M. Geldstrafe und 600 M. Buße verurteilt. Dem Hofmann waren eine ganze Anzahl der schwerwiegendsten und vielseitigsten Beschuldigungen nachgesagt, wofür der Wahrheitsbeweis in seltener Vollständigkeit angetreten werden konnte. Und obwohl auch das Gericht anerkannte, daß der ehemalige Hüter des Gesetzes sich große Uebergreiffe und Pflichtwidrigkeiten

Gortföhung in der Beilage.



## Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

hatte zu schulden kommen lassen, kam es zu einer Verurteilung. Am bezeichnendsten in diesem Prozesse war aber das dem entlassenen Wachtmeister vom Bürgermeister ausgestellte günstige Zeugnis.

In dem Pommeranerbankprozeß erhielt Schulz sechs Jahre Gefängnis und 70000 Mk. Geldstrafe, Romeit fünf Jahre und 45000 Mk., beide außerdem je zehn Jahre Ehrverlust. Dabei scheiden die dem Freiherrn von Mirbach zur Förderung des Kirchenbaues von diesen beiden ehemaligen Hofbankiers überwiesenen Summen eigentlich noch aus.

Bei der zum erstenmale nach dem Proporz vorgenommenen Gewerbegerichtswahl in Kaiserslautern wurden auf die Liste des Gewerkschaftsartikels 1126, des katholischen Arbeitervereins 257, der Christlich-Deutschen Gewerbevereine 231 und des liberal-protestantischen Arbeitervereins 99 Stimmen abgegeben. Wie viel Sitze auf die einzelnen Gruppen entfallen, besagt die uns zugewandene Mitteilung nicht.

Ein Tarifkampf eigener Art hat sich in letzter Zeit abgepielt. Von den großen überseeischen Dampfergesellschaften trat allein die englische Cunardlinie — wie es heißt, auf Veranlassung der englischen Regierung — dem englisch-amerikanischen Truste bzw. dem deutschen Kartellverhältnisse nicht bei, weshalb dieselbe scharf von der großen Schiffsfahrtskoalition bekämpft wurde. Nun hat die Cunardlinie den Gewaltstreik getan, die Ueberfahrtspreise für Zwischendeckspassagiere von Hamburg nach New York auf 50 Mk. herabzusetzen. Bis vor kurzem lautete diese Tarifposition noch auf 150 Mk.!

Von den Stacheln des Koalitionsrechtes in Deutschland. In Chemnitz war ein Maurer mitten während des Arbeitstages von seinem Arbeitgeber entlassen worden, weil er in den Pausen für den Maurerverband agitatorisch tätig gewesen sein soll. Da Kündigungsfrist ausgeschlossen, verlangte der betreffende Maurer vor dem Gewerbegerichte wenigstens Bezahlung für den ganzen Tag. Die Gewerbegerichte vertreten nämlich allgemein den Standpunkt, daß bei Ausschluss der Kündigung Entlassung und Arbeitsüberlegung stets nur bei beendigtem Tagewerke geschehen kann. Das Gewerbegericht in Chemnitz hat aber einen funktelnagelneuen Grund gefunden, welcher einen Unternehmer berechtigt, auch während der Arbeitszeit sofort einen Arbeiter zu entlassen. Es wies nämlich den klagenden Maurer mit folgender Begründung ab: „Das Gericht sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Kläger Treu und Glauben verleiht habe, indem er auf dem Werkplatze des Beklagten eine agitatorische Tätigkeit für die Organisation entwickelt habe zu einer Zeit, da durch einen Streik, der in Aussicht stehe, die Arbeitsbedingungen verbessert werden sollten, daß also ein Zwangsmittel gegen die Unternehmer angewendet werden solle, das der Verband in die Hand nehme.“ Nun fehlt bloß noch, daß die Ausübung des Koalitionsrechtes, die Mitgliedschaft zu einer gewerkschaftlichen Organisation, als gegen Treu und Glauben gegenüber dem Arbeitgeber verstoßend erachtet wird. — In Schwabach wurde unlängst eine Frau wegen Verurteilung zu acht Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie einem Trupp Arbeitswilliger auf der Straße zugerufen: „Fui, schämt euch!“ Vor Gericht erklärte sie, daß sie den erwähnten Anruf gemacht habe, weil es ihr als unehrenhaft für Arbeiter vorkomme, wenn sie sich von Schulheuten und Arbeitgebern wie kleine Kinder zur Arbeit und zurück führen lassen. In derselben Stadt hatten sich ferner drei Maurer wegen Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten, welche, wie Verbrecher geschlossen, dem Gerichtshofe zugeführt wurden. Ihr Verbrechen bestand darin, daß sie sich eines Nachmittags Arbeitswilligen auf dem Trottoir in den Weg gestellt und diese durch die Zumutung, die Arbeit einzustellen, belästigt haben sollten. Die zahlreichen arbeitswilligen Zeugen konnten kein einziges beleidigendes Wort auführen; trotzdem wurden die drei Angeklagten zu je zehn Tagen Gefängnis verurteilt. — Vom Dresdener Schöffengerichte wurde ein Maurer ebenfalls auf Grund des ominösen § 153 der Gewerbeordnung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Derselbe hatte sich in der Tat sehr schwer gegen die staatliche Ordnung vergangen. Einmal hat er nämlich zwei Arbeitswilligen Schmeichelworte wie: „Schämt ihr euch nicht? Je älter ihr werdet, desto dünner werdet ihr“, zugerufen und dann soll er „eine drohende Haltung“ gegen die Arbeitswilligen angenommen haben. Schade, daß Deutschland seine Verbrecher nicht deportiert, der Mann wäre sicher reif gewesen für ein Sibirien! — Wenn Sie die Bühne nicht lassen, bleibt uns nichts weiter übrig, als den Boykott über Sie zu verhängen“, sagte der Vertrauensmann der Maurer eines kleinen Ortes zu einem Baumeister. Derselbe bewilligte daraufhin, erstattete aber auch gegen den Vertreter der Maurerorganisation Anzeige wegen Erpressung. Das Landgericht in Halle a. S. verurteilte den bisher unbescholtenen Angeklagten zu sechs Wochen Gefängnis,

da er für andere unter Drohungen einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verlangt habe. — Einen Streikpostenprozeß mit einem für die Polizei recht blamablen Ausgang gab es in Berlin. Zwei Tischler hatten vor einer Fabrik Streikposten gestanden und zu einem Arbeitswilligen in durchaus ruhigem Tone gesagt: „Kollege, hier ist Streik, arbeite hier nicht!“ Darauf kam der Werkmeister der Fabrik angelaufen, fragte den Arbeitswilligen, was die Streikposten zu ihm gesagt hätten, holte dann einen Schutzmann und ließ beide Leute sistieren. Sie erhielten auch prompt ihr Strafmandat über je 30 Mk. mit der Begründung, daß sie einen Arbeitswilligen mit Nebenarten belästigt, gelärmt, geschimpft, dadurch groben Unfug verübt und einen Aufruhr verursacht hätten. Die Weisenaufnahme ergab die gänzliche Falschheit dieser Beschuldigung, denn sowohl der Arbeitswillige wie auch der Werkmeister und der Schutzmann konnten als Zeugen absolut nichts Belästigendes gegen die beiden Angeklagten ausagen. Der Arbeitswillige hatte sich auf in seiner Sinfidit belästigt gefühlt. Auf Grund des Ergebnisses der Weisenaufnahme erkannte das Gericht auf Freisprechung. Begründend führte der Vorsitzende aus: Die Angeklagten hätten weiter nichts getan, als in durchaus rechtmäßiger Weise ihr Koalitionsrecht ausgeübt. Das Einschreiten gegen sie sei direkt ungescheit gewesen. Es verstoße gegen das Gesetz, wenn in dieser Weise das Koalitionsrecht angegriffen werde. Verabzu traurig sei es, daß Leute, die nichts Ungeheuerliches begangen haben, ohne weiteres Sittirungen ausgesetzt seien, dann noch Strafbefehle erhielten und so vor Gericht gebracht würden. Anßer der Freisprechung erscheine es auch angemessen, die den Angeklagten erwachsenen außergerichtlichen Kosten wie auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen. Denn es sei den Angeklagten nicht zu verargen, daß sie sich einen Rechtsbeistand angenommen hätten, da erfahrungsgemäß Streikprozeße, in denen Freisprechung erfolgt, von der Staatsanwaltschaft meistens durch alle Instanzen hindurch gebracht würden und deshalb für die Angeklagten eine sadgemäße Verteidigung notwendig sei. — Wegen Androhung eines Uebels war einem Arbeiter in Berlin der Prozeß gemacht. Derselbe hatte bei dem vorjährigen Streik bei der Firma Weßlich einer Arbeiterin, die zuerst mitfreitete, dann aber die Arbeit wieder aufnahm, Vorfällen wegen ihres unkollegialischen Benehmens gemacht und zu ihr geküßert, sie dürfe sich nicht wundern, wenn ihr die anderen streikenden Mädchen aus Verrag über ihre Arbeitswilligendienste die Kleider vom Leibe reißen würden. In dieser Aeuerung sah das Landgericht Berlin ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung in idealer Konkurrenz mit verführerischer Nötigung und verurteilte den Arbeiter seinerzeit zu einer Woche Gefängnis. Das Reichsgericht hob jedoch dieses Urteil auf und wies die Sache an die Vorinstanz zurück. In seinem Urteile führte es aus, der Verurteilte habe der betreffenden Arbeiterin zwar ein Uebel angedroht, daß ihr durch dritte Personen zugefügt werden könne. Eine Bestrafung sei aber nur möglich, wenn nachgewiesen werde, daß die Ausübung des Uebels von dritten Personen auf Veranlassung oder infolge des Einflusses des Drohenden erfolgt oder beabsichtigt sei. Bei der neuerlichen Verhandlung erhob das Landgericht Berlin nun in der angebotenen Richtung hin Beweis. Die Sache stand so: Hatte der Angeklagte gesagt oder angedeutet, er werde dafür sorgen, daß jener Arbeiterin von ihren Kolleginnen die Kleider gerissen werden würden usw., dann mußte seine Bestrafung erneut erfolgen. Hatte der Angeklagte die Arbeitswillige nur rein während auf jenes Uebel aufmerksam gemacht, dann mußte er freigesprochen werden. Die Weisenaufnahme ergab nun keinen Anhalt dafür, daß der Angeklagte eine Andeutung gemacht habe, als sei die eventuelle Ausübung des angedrohten Uebels auf seine Veranlassung oder seinen Einfluß zurückzuführen; es erfolgte deshalb seine Freisprechung. Man vergleiche damit das Verhalten der Kollegen Engelbrecht und Franke gegen Gählich. Dieselben haben denselben nicht einmal rein warnend darauf aufmerksam gemacht, daß dritte Personen — die Versammlung der Leipziger Verbandsmitglieder — seinen Ausschluss vollziehen, sondern haben nur gesagt, daß allein die Versammlung über ihn Beschluß fassen könnte. Sie sind also nicht einmal bis zu der vom Reichsgerichte zugelassenen Grenze gegangen. Trotzdem sollen sie aber acht bzw. sechs Tage abstrammern, ja der Staatsanwalt möchte sie zu einem noch längeren Aufenthalt im „italienischen Dörfchen“ nötigen. Dies alles natürlich von Rechts wegen. Denn noch gilt im weiten Deutschen Reich der Wahlspruch Kaiser Ferdinand I.: Gerechtigkeit werde geübt und sollte die Welt dabei zugrunde gehen!

66 Monate Gefängnis für vier Streikführer beantragte der Staatsanwalt in Nordhausen. Dieselben standen beim Sippsarbeiterstreik in Elßrich Streikposten und warfen bei dieser Gelegenheit nach einem Arbeitswilligen

mit Steinen, denselben am Fuße verlegend; außerdem schimpften und verprügelten sie denselben. Die Tat der Streikenden ist gewiß nicht zu beschönigen, aber die Strafen — 21, 15, 8 und 6 Monate Gefängnis — stehen in einem so schroffen Gegensatz zu der oben gebrachten Schilderung gerichtlicher Mißbegehr gegen Streikbrecher, daß einem ob dieser Art Justiz ganz bange werden kann. Der Verteidiger bot aus Mitleid mit den Verurteilten aus eignen Mitteln eine Sicherstellung an, um deren Haftentlassung zu bewirken!!

Arbeitswilligen=Reservatrechte. Daß es nicht so leicht ist, den polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Eifer auch auf diese für den Staat so nützlichen Elemente auszu dehnen, mußte ein Berliner Feilenhauer erfahren. Derselbe stand beim vorjährigen Feilenhaueraustritt Streikposten und sagte in bezug auf einen vorübergehenden Arbeitswilligen zu einem Bekannten: „Das ist auch einer von denen!“ Zwei von den Arbeitswilligen griffen darauf den Streikposten tödlich an und mißhandelten ihn in rohester Weise mit der Faust und mit Gummischläuchen. Als die Umstehenden einschreiten wollten, zog der eine Revolver hervor und legte auf die Leute an, indem er sich damit brüstete, Polizeibeamte hätten ihm als Arbeitswilligen empfohlen, sich in dieser Art zu bewaffnen und den Streikenden entgegenzutreten! Der Streikposten stehende Feilenhauer wurde in der ersten Instanz noch obendrein wegen Belästigung der beiden Arbeitswilligen verurteilt, in der zweiten Instanz jedoch freigesprochen. Auf seinen wiederholten Strafantrag hin wurde endlich gegen die beiden Arbeitswilligen Anklage wegen Körperverletzung erhoben. Strafmildernd zog das Gericht zwar in Betracht, daß die Angeklagten durch die angegebenen Worte gereizt worden seien; im Hinblick auf die Rohheit ihrer Tat erfolgte aber dennoch ihre Verurteilung zu einem Monate resp. zwei Wochen Gefängnis. — Was wäre wohl im umgekehrten Falle für einen von den Ausständigen abgefallen? Als Demunzianten schlimmster Sorte entpuppten sich die Arbeitswilligen Gebrüder Kühn in Breslau, wegen deren vom Gerichte für völlig glaubwürdig bewerteten Aussagen mehrere organisierte Maurer monatelang hinter schwebenden Gardinen verbringen mußten. Denselben gefiel es eines Tages, an den Führern der Maurerorganisation in Breslau ihr Mütchen zu fühlen, indem sie dieselben wegen Vögelstellers demunzierten und diese Beschuldigung später bei einer Gerichtsverhandlung wiederholten. Da für die Anzeige keinerlei Beweise vorlagen, wurde ein Verfahren gegen die Demunzierten nicht eingeleitet. Diese zeigten jedoch das noble Brüderpaar wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung dem Staatsanwalt an. Jetzt erhielten die Vorsitzenden der Breslauer Filiale nun den Befehl, daß die Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Gebrüder Kühn abgelehnt sei. Diese hätten ihre falschen Angaben nur einem Schutzmame gemacht und der Schutzmame sei keine Wehdroe. Dem Schutzmame seien die Beschuldigungen auch von Anfang an so unglaubwürdig erschienen, daß er sie gar nicht erst weiter meldete. Infolgedessen sei es zu einer amtlich bekannten wissenschaftlich falschen Anschuldigung nicht erst gekommen. Die diesmal so unglaubwürdigen Brüder, deren frühere glaubwürdige Aussagen die Verurteilung wegen Streikvergehens herbeiführten, gehen also frei aus! — Noch besser oder richtiger gesagt schlimmer für unsere Rechtszustände liegt ein Fall aus Köln. Bei dem Streik der Gruben- und Abbrucharbeiter daselbst veranstalteten die Arbeitswilligen während der Pausen regelrechte Schießübungen. Der Vorsitzende der Lohnkommission wurde nun an einem Abende von dem Bruder eines Unternehmers mittels eines Revolvers erschossen, ein anderer Streikender lebensgefährlich verletzt. Was den schiefköpfigen Arbeitswilligen zu seiner Tat veranlaßte, vermag niemand anzugeben, die beiden Geschossenen sollen nicht im geringsten dem Arbeitswilligen Ursache gegeben haben, sein teures Leben zu verteidigen. Nach vierzehntägiger Untersuchungshaft wurde jetzt der Revolverheld auf freier Fuß gesetzt; niemand weiß, ob noch etwas gegen denselben geschehen wird.

Auf dem Pfade der Tugend zu wandeln ist gewiß schön und löblich, wenn auch nicht jedermanns starke Seite. Zwangsmaßnahmen werden jedoch selten dazu beitragen, die breite Straße des Lasters zu entwässern und ganz besonders dann nicht, wenn es sich um eine verallgemeinernde Anwendung, um eine gleiche Handhabung derselben gegen Gerechte und Ungerechte handelt. Hat schon der stürzorgische Magistrat der guten Stadt Schroda mit der im „Corr.“ vor einiger Zeit gebrachten Klassifizierung seiner Mitbürger in bessere und gewöhnliche, d. h. mit dem für letztere verfügbaren Ausschankverbote über eine bestimmte Abendstunde hinaus ein arges Stild unberechtigter Bevormundung sich geübt, so wird jedoch alles übertroffen durch eine vom Magistrat in Vormitt (Reg.-Bez. Königsberg) erlassene Polizeiverordnung. In dieser für den Polizeigeist unfer Zeit, noch mehr aber für die in dem gelobten Lande der Agrarier herrschenden Zustände bezeichnenden amtlichen Publikation wird nämlich allen Schandwüthen aufgegeben, ihre Räumlichkeiten

„für Arbeitsleute und Tagelöhner sowie stadtbekannte Schnapsstrinker aus anderen Ständen von abends 8 Uhr bis morgens 8 Uhr im Sommer und Winter, also das ganze Jahr hindurch, geschlossen zu halten. Es soll damit bezweckt werden, daß der Unmäßigkeit im Schnapsrinken und der damit verbundenen Not der Familien gesteuert werden soll. Es dürfen also keine Arbeiter, speziell keine Maurer, Handlanger, Steinleger, Zimmerleute, Forst- und landwirtschaftliche Arbeiter, Faktoren, Knechte und jugendliche Leute, Fabrikarbeiter usw. in den Lokalen in diesen 12 Stunden verkehren. Wird ein Arbeiter in dieser Zeit in einem Lokale betroffen, so wird der Schankwirt für jeden einzelnen Fall mit einer Geldstrafe von 9 Mk. oder drei Tagen Haft bestraft. Der Arbeiter selbst ist straflos. An den Sonnabenden das ganze Jahr hindurch sind alle Lokale für die Arbeiter schon nachmittags von 5 Uhr ab zu schließen, da es sich herausgestellt hat, daß die Arbeiter am Sonnabend, also an dem Tage, an welchem die Lohnzahlungen stattfinden, häufig einen großen Teil ihres jauer erworbenen Arbeitsverdienstes sofort vertrinken und dadurch ihre Familie in Not versetzen und häufig die öffentliche Hilfe und Armenunterstützung in Anspruch genommen wird.“ Diese wunderbare Polizeiverordnung trifft also einmal die Arbeiter aller Kategorien, dann aber auch die „stadtbekannten Schnapsstrinker aus anderen Ständen“, denn nach fast ganz Worms ist im Zeichen des Fußes stehen, welche Annahme aber wohl weit über das Ziel hinausschießen würde. Es bleibt aber diese oberrichtliche Verweisung auf den Pfad der Tugend ein Stück unglücklicher Bevormundung, eine blamable Charakterisierung der Einwohnerschaft von Worms, ein Eingriff in die Gewerbe- und Gastwirtschaft und ein Beitrag zur Sitten- und Kulturgeschichte des städtischen Deutschland.

In Osnaabrück und Meile streiten die Tischler. — In Labiau streiten die Maurer, an die betreffenden Bauten wurden nun Befehle aus dem dortigen Gefängnisse beordert. — Die Schmiede in Hannover konnten ihren Streik siegreich beenden, desgleichen die Maurer in Marienburg (Weipz.).

Wegen Mahregelung organisierter Kollegen sind die Textilarbeiter in Nidischwil (Schweiz) in den Ausstand getreten. — In Paris streiten 2500 Droßkauten-Tischer von der Kompanie Urbain. — In dem Gebiete von Ferrara sind 5000 Landarbeiter und Pächter zur Arbeitseinstellung geschritten.

#### Gestorben.

In Dortmund am 9. Juni der Buchdruckereibesitzer Herm. Meyer, 54 Jahre alt.

In Gernsbach (Baden) am 20. Juni der Buchdruckereibesitzer und Verleger des „Murgtälers“ Wilhelm v. Müller, 55 Jahre alt.

In Hamburg am 18. Juni der frühere Buchdruckereibesitzer Ernst Heinrich Höfer, 71 Jahre alt.

In Heilbronn im Erholungshause am 15. Juni der Korrektor Karl Heim aus Schorndorf, 47 Jahre alt — Gehirnschlag.

In Pleschen (Posen) am 15. Juni der frühere Buchdruckereibesitzer Jakob Joachim, 75 Jahre alt.

In Regensburg am 19. Juni der Seher Michael Renner, 51 Jahre alt — Schlagfluß.

In Stuttgart am 16. Juni der Seher Heinrich Vogel aus Pforzheim, 37 Jahre alt — Nierenleiden.

In Wien am 7. Juni der Bruder Franz Gschwendner, 21 Jahre alt; am gleichen Tage der Seher Georg Diera, 33 Jahre alt; am 9. Juni der Seher Willibald Prager, 31 Jahre alt; am gleichen Tage der Seher Michael Hüllperding, 63 Jahre alt.

#### Briefkasten.

Redaktion der „Wellen“: Für Ihr zusammengepacktes Organ, deren Redaktion auf der Universität von Dschandja

Hererschönheiten ästhetischen Unterricht erteilt zu haben scheint, lehnen wir eine Mitarbeit ab. Wegen Ihres diesbezüglichen Hinweisens werden wir gerichtliche Hilfe in Anspruch nehmen. Suchen Sie sich nur ruhig jo einen Witzkopf, den Sie nach Absatz 2 Ihrer „Politischen Nachrichten“ bereits gefunden zu haben scheinen. — E. Sch. in Gera: Ihre Arbeitszeit ist tarifmäßig. Wer das Gegenteil behauptet, hat eben keine Ahnung vom Tarife. — Witzus in Dresden: Ihre Aufmerksamkeit ist ebenso rührend wie Ihre Kombinationsgabe groß ist. Es ist aber eine bekannte Tatsache, daß sich Heister Ihres Schlags in anderen und wichtigeren Sachen als recht schwerfällig erweisen. Im übrigen haben Sie Schlauberger sich an eine ganz falsche Adresse gewandt. — M. L. in Bentzen: Was dem Bezirke Bentzen in Bezug auf seine Berichterstattung im „Gorr.“ gestattet oder nicht gestattet ist, bestimmt die Redaktion. Wenn Sie schreiben, daß die Kollegen im Bezirke Bentzen „sehr erregt“ seien, weil ganz Unwesentliches und Selbstverständliches geschrieben worden ist, so wäre den Kollegen zu empfehlen, in Zukunft mit ihrer Erregung etwas häuslicherischer umzugehen. — W. B. in Posen: 55 Pf. — 345: 75 Pf. — F. Sch. in R.: 3,55 Mk.

#### Verbandsnachrichten.

Verbandssekretär: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

**Osterrand-Thüringen.** 1. Quartal 1904. Verbandskasse. Einnahme: Juridischbehalter Vorjahr vom 4. Quartal 1903 2500 Mk., Beiträge 1804,60 Mk., Eintrittsgeld 38 Mk., Rückzahlungen 24,20 Mk., Ordnungsstrafen 12,80 Mk., Summa 20622,60 Mk. Ausgabe: Arbeitslosen-Unterstützung 1802,75 Mk., Reise-Unterstützung 1051,20 Mk., Invaliden-Unterstützung 949 Mk., Kranken-Unterstützung 3694,80 Mk., Begräbnisgeld 550 Mk., Sonstige Unterstüttung 344,50 Mk., Verwaltung 542,56 Mk., an die Hauptkasse abgeführt 9187,79 Mk., juridischbehalter Vorjahr 2500 Mk., Summa 20622,60 Mk. — Zentral-Invalidekasse in Baku. Einnahme: Bestand von 1903 35,30 Mk., Zuschuß aus der Hauptkasse 523,50 Mk., Summa 558,80 Mk. Ausgabe: Unterstüttung 354 Mk., Begräbnisgeld 200 Mk., Verwaltung 4,80 Mk., Summa 558,80 Mk. — Gaukasse. Einnahme: Bestand Ende des 4. Quartals 1903 3254,12 Mk., Beiträge 1641 Mk., Beiträge zu den Kosten der Gauversammlung 4950 Mk., verkaufte Tarife 5 Mk., Summa 4949,62 Mk. Ausgabe: Unterstüttung 372,80 Mk., Porto 140,62 Mk., Verwaltung 846,65 Mk., Agitation 28,05 Mk., Druck von 1500 Jahresberichten 152 Mk., Verschiedenes 13,80 Mk., Bestand 3395,70 Mk., Summa 4949,62 Mk. — Witwenkasse. Einnahme: Bestand Ende des 4. Quartals 1903 34693,96 Mk. Eintrittsgeld 14 Mk., Beiträge 1578,30 Mk., Zinsen am 1. April 355 Mk., Summa 36641,20 Mk. Ausgabe: Unterstüttung und Abfindung 837,50 Mk., Anlagelosten für 2000 Mk. 4,10 Mk., Bestand 35749,66 Mk., Summa 36641,20 Mk. — Bewegungstatistik: Mitgliederstand Ende des 4. Quartals 1903 1280, neueingetreten 18, wieder eingetreten 11, zugereist 130, zum Berufe zurück 1, abgereist 126, ausgetreten 2, ausgeschieden 2, vom Berufe abgegangen 5, gestorben 3, Mitgliederstand Ende des 1. Quartals 1904 1302. Gesamtzahl der steuernden Mitglieder 1440. Zahl der Drucker, in denen Mitglieder konditionierten 66. Konditionsloß waren 130 Mitglieder 2149 Tage, krank 121 Mitglieder 2537 Tage.

**Bezirk Bromberg.** Die verehrlichen Verbandsfunktionäre werden gebeten, die Hauptbuch-Nummern folgender abgereister Seher zu ändern: Sigalte, geb. in Strelno, statt 8072 in 3872; Kührbeck, geb. in Klein-Babenz, statt 8070 in 3870; Neumann, geb. in Kosaken, statt 8081 in 3881 und Kremp, geb. in Gr.-Glinno, statt 8084 in 3884.

**Augsburg.** Die Wohnung des Kassierers Philipp Schmidt befindet sich ab 1. Juli: Innere Uferstraße 17/0, I.

**Neurode.** Der Vorstand setzt sich für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen zusammen: R. Viebad, Vertrauensmann; M. Welz, Kassierer; M. Weit, Schriftführer; M. Zentker, Bibliothekar; Karl Schneider, Reisekasserverwalter (Schwarzgrund), Scholz und Hoffmann, Revisoren.

**Reudenburg.** Den Johannistagsdruckachen-Austausch vermittelt — wenn nicht Rüttner-Leipzig — Kollege Thate, Königstraße 6.

**Wittenberg (Bezirk Halle).** Der Drucker Gustav Schröder aus Ungermünde, welcher bis zum 18. Juni hier in Kondition stand, wird aufgefordert, bis zum 2. Juli seine Beiträge zu begleichen bzw. sein Buch einzulösen, widrigenfalls Ausschluss erfolgt.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Garmisch der Schweizerberger Josef Weisler, geb. in Wien 1885, ausgel. in Neulengbach b. Wien 1902; war noch nicht Mitglied. — In Reichenhaff der Seher Karl Rothmaier, geb. in Reichenhaff 1886, ausgel. in Liffenheim 1903; war noch nicht Mitglied. — Ludwig Boeltz in München, Kuentstraße 22, I.

In Heilbronn der Seher Karl Saiber, geb. in Eppingen (Baden) 1885, ausgel. in Wönnigheim 1903; war noch nicht Mitglied. — In Stuttgart der Seher J. Albert Girgel, geb. in Urach 1886, ausgel. das. 1904; 2. Ernst Beckhfinger, geb. in Wingerhausen (O.-M. Warbach) 1886, ausgel. in Stuttgart 1904; waren noch nicht Mitglieder; 3. Karl E. M. Ubrich, geb. in Eberfeld 1862, ausgel. das. 1880; war schon Mitglied; 4. der Galvanoplastiker Emil Leonhardt, geb. in Stuttgart 1882, ausgel. das. 1900; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Jakobstr. 16, p.

In Buda (U.-M.) der Seher Artur Seifert, geb. in Dresden-Trachau 1876, ausgel. in Köpitz 1895; war noch nicht Mitglied. — F. J. Schießer in Altenburg, Köpplan 24.

In Straßburg 1. der Seher Fritz Mehger, geb. in Erstein 1885, ausgel. das. 1904; 2. der Stereotypen Anton Diebold, geb. in Neuhof 1887, ausgel. in Straßburg 1904; 3. der Seher Franz Oberle, geb. in Thal bei Mauerstünfer 1885, ausgel. in Babern 1902; waren noch nicht Mitglieder. — E. Schrod in Straßburg-Neudorf, Polygonstraße 23a.

#### Arbeitslosen-Unterstützung.

**Berlin.** Dem Seher Otto Kilian aus Wartenberg wurde am 20. Juni ein neues Buch, Nr. 3454, ausgestellt, sein altes Buch (An der Saale Nr. 2208), vom 17. Dezember 1901, angeblich in Königsberg i. M. gestohlen, wird hiermit für ungültig erklärt und der etwaige Befitzer gebeten, dasselbe an M. Beyer, Berlin, Chamissoplatz 5, einzulösen.

**Frankfurt a. M.** Vom 1. Juli ab erfolgt die Auszahlung der Reiseunterstützung durch den Verwalter E. Neus, An der Schmidsbude 7, I. Der Verkehr befindet sich nach wie vor im Gewerkschaftshause, Stollstraße 15. Die Herren Verwalter der umliegenden Abteilungen werden gebeten, die Reisenden hierauf aufmerksam zu machen.

**Wiesbaden.** Da das Buch des Sehers Viktor Neß aus Biberach (Hauptb.-Nr. 46508) abhanden gekommen ist, wurde demselben ein Duplikat ausgestellt. Das erste Buch, Mittelrhein 2231, wird hiermit für ungültig erklärt. Der etwaige Befitzer des Buches wolle dasselbe an die Hauptverwaltung in Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, einfinden.

#### Buchdruckerei-Verkauf.

Eine in stottem Betriebe befindliche, drei Ziegeldruckpressen, allen Gipsmaschinen und großem Schriftmaterial ausgehüllte Buchdruckerei in Hamburg ist für den billigen Preis von 22000 Mk. bei 12000 Mk. Anzahlung zu verkaufen. Werte Interessanten wollen sich unter Chiffre 347 an die Geschäftsst. d. Bl. wenden.

**Seher,** 30 J. alt, in allen Sacharten erf., w. sich m. 1.-2000 Mk. an Druckerei z. bet., spätere Übernahme u. ausgelöst. W. Dff. u. s. 348 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

#### Akzidenzseker

der das Korrektorenseker selbst übernimmt, als Faktor auf Mitte September nach der Rheinpfalz gesucht. Werte Offerten mit Lohnansprüchen unter Nr. 346 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

#### Züchtiger Werkseker

für franz. und englische Zeitschrift per sofort gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen an die Buchdr. Karl Will. Fischer, Anh. G. Bultsund, Heilbronn a. M. [344]

#### Magazinverwalter

in einer großen Druckerei begehrt, muss hat, sucht, geht auf gute Bezahlung, als solcher hier oder auswärts Stellung. Eintritt sofort. W. Dff. u. Nr. 349 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

**Schkeuditz.** Morgen Sonntag den 26. Juni feiern der hiesige Ortsverein sein erstes Johannistfest und sind die Kollegen der umliegenden Städte hiermit eingeladen. Den Austausch der Johannistsekerien besorgt Koll. Schwarz, Auguststraße 5, III. [342]

#### Zweibrücken.

Morgen Sonntag den 26. Juni: Allgemeine Buchdrucker-Verammlung in der Brauerei Ringer. [341]

#### Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg 6.

120 Sorten Zigarren im Preise von 31 bis 170 Mk. pro Millo. — In Vorstland-, Sumatra-, Brasil-, Mexico-Manila- und Havana-Zigarren. Preislisten stehen zur Verfügung.

#### Neu! Praktisch! Billig! Platten-Fundamente

aus Holz in einem Stück. Vorteile: Leichte Handhabung. — Kein Anschaffen von Format- und Schliessstegen nötig, beim Schliessen ist nur die Rahne mit Schliesszeug umzulegen. — Ein Steigen und Mitdrücken der Stege unmöglich. — Das Abheben und Auflegen der Platten erfordert nur 2 Minuten Zeit. — Die Zurückleitung ist die denkbar einfachste. — Preis: Ein Fundament 64 x 92 cm (Format für 8 Seiten der Unterhaltungsbeilage des Zentralbureau der deutschen Presse) kostet nur 18 Mk., ein solches für 4 Seiten 10 Mk. — Garantie: Erst nach achttägigem Gebrauch Bezahlung od. Zurücksendung. — Alles näher durch [351]

**Ernst Reimers in Waren (Meckl.).** Der Maschinenmeister Enderley (zuletzt in Polen konditionierend) wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem Maschinenmeisterklub Polen gegenüber nachzukommen. Der Vorstand. [343]

Ihren werten Faktor Heinrichs Stimme bringen zum 25. März. Verbands-Jubiläum die besten Glückwünsche dar. Die Kollegen von Pöschpan. [333]

Der Buchdrucker Herr Alfred Frihe, zuletzt Magdeburg, wird hierdurch aufgefordert, seine gegenwärtige Adresse bekannt zu geben an Schubert & Co., Dresden-M., Louisestraße 10. [350]

Den Kollegen von Mannheim, Heidelberg, Ludwigshafen und Umgebung bringe bei etwaigen Ausflügen mein Restaurant „Neckartal“ Ziegelhausen in empfehlende Erinnerung. — Für gute Speisen und Getränke ist gesorgt. — Schönster Ausflugsort ins Neckartal. — Mit folgel. Grüße. — Schöner Garten, direkt am Rhein gelegen. — Großer Tanzsaal. [349]

Am 19. Juni wurde uns schon wieder ein lieber, allseits geachteter Kollege, der Schriftsetzer Michael Renner im Alter von 51 Jahren infolge eines Schlagflusses rasch und unerwartet durch den Tod entrissen. Ein ehrendes Gedenden wird ihm stets bewahren. Mitgliedschaft Regensburg. [346]

**Richard Härtel, Leipzig-R.** (Inhaber: Klara verw. Härtel) Kohlstrasse 48.